

## **Niederschrift**

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Borken

**Sitzungstermin:** Montag, 05.03.2007  
**Sitzungsbeginn:** 17:05 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:25 Uhr  
**Raum, Ort:** großer Sitzungssaal des Rathauses

### **Anwesend sind:**

#### **Vorsitzende/r:**

Lührmann, Rolf Bürgermeister

#### **CDU:**

Börger, Hubert Stadtverordneter  
Dost, Ursula Stadtverordnete  
Dünthe, Franz-Wilhelm Stadtverordneter  
Ebbing, Marie-Luise Stadtverordnete  
Finke, Alfons Stadtverordneter  
Flinks, Hans-Peter Stadtverordneter  
Haagen, Werner Stadtverordneter  
Honerbom, Susanne Stadtverordnete  
Jägering Dr., Stefan Stadtverordneter  
Kipp, Werner Stadtverordneter  
König, Antonius Stadtverordneter  
Kranenburg, Inge Stadtverordnete  
Olthoff, Klaus Stadtverordneter  
Ossing, Alois Stadtverordneter  
Queckenstedt, Klaus Stadtverordneter  
Rottbeck, Britta Stadtverordnete  
Saure, Stephanie Stadtverordnete  
Stork, Günter Stadtverordneter

Tubes, Josef Stadtverordneter

Wesseling-Effing, Heinrich Stadtverordneter

**SPD:**

Bonin, Hans Stadtverordneter

Bunse, Klaus Stadtverordneter

Eggern, Dieter Stadtverordneter

Haupt, Ulrike Stadtverordneter

Hellenkamp, Kurt Stadtverordneter

Kindermann, Evegret Stadtverordneter

Rytz, Eva Stadtverordneter

**UWG:**

Ciethier, Klaus Stadtverordneter

Daum, Heinz Stadtverordneter

Ebbing, Brigitte Stadtverordneter

Klemm-Terfort, Uwe Stadtverordneter

Spangemacher, Christoph Stadtverordneter

**Bündnis 90/Die Grünen:**

Gliem, Helga Stadtverordneter

Martsch, Christina Stadtverordneter

Martsch, Paul-Jonas Stadtverordneter

ab 17.20 Uhr

**FDP:**

Dirks, Günther Stadtverordneter

Kipp, Josef Stadtverordneter

**Ortsvorsteher/in:**

Butenweg, Ferdinand Ortsvorsteher

Fasselt, Aloys Ortsvorsteher

Gerritzmann, Heinrich Ortsvorsteher

Weddeling, Josef Ortsvorsteher

Zurhausen, Ursula Ortsvorsteherin

**Verwaltungsmitarbeiter/in:**

Diecke, Holger Verwaltungsprüfer

Höving, Norbert Technischer Beigeordneter

Kemper, Bernd Pressesprecher

Middel, Rüdiger Erster Beigeordneter

**Schritfführer/in:**

Bieber, Margarete

**Es fehlen entschuldigt:****SPD:**

Lüdke-Bender, Brigitta Stadtverordnete

**Abgewickelte Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Rechnungsprüfungsamt/Rechnungsprüfungsausschuss  
Vorlage: V 2007/028
- 2.1 Schreiben des Bürgermeisters an alle Ratsmitglieder vom 26.02.2007  
sowie die Erklärung des Ersten Beigeordneten Middel vom gleichen  
Tage
- 2.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2007
- 2.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007
- 2.4 Antrag der UWG-Fraktion vom 25.02.2007
- 2.4.1 Elektronische Post der Ratsmitglieder  
Vorlage: V 2007/035
- 2.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.02.2007
- 2.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/die Grünen vom 28.02.2007
- 2.7 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, UWG, Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen/FDP vom 12.02.07
- 2.8 Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2007
- 2.9 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.03.2007
- 2.10 Antrag der FDP-Fraktion vom 05.03.2007  
zur Aufklärung der sog. Email-Affäre
- 3 Mitteilungen und Anfragen

## Öffentlicher Teil

### zu 1 Eröffnung der Sitzung

---

**Bürgermeister Lührmann** eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

### zu 2 Rechnungsprüfungsamt/Rechnungsprüfungsausschuss Vorlage: V 2007/028

---

**Bürgermeister Lührmann** führt zu Beginn der Diskussion Folgendes aus:

Wir haben Sie heute zu einer Sitzung des Rates außerhalb des planmäßigen Sitzungskalenders eingeladen, weil die Ereignisse und Diskussionen um das Borkener Rechnungsprüfungsamt eine Befassung des obersten Organs der politischen Gemeinde „Stadt Borken“, also des Rates, zwingend geboten erscheinen ließen. Schriftlich fixiert wurde ein Antrag auf Einberufung des Rates von der SPD-Fraktion, die damit aber sicher in unserem gemeinsamen Interesse gehandelt hat.

Im Vordergrund der heutigen Sitzung dürfte sicher die Erklärung stehen, die mein allgemeiner Vertreter, Rüdiger Middel, am vergangenen Montag abgegeben hat. Herr Middel hat erklärt, dass er nach dem Empfängerkreis einer E-Mail recherchiert hat, einer E-Mail, in der ein Mitarbeiter der Borkener Stadtverwaltung unerhörte Vorwürfe gegen die Leitung der Stadtverwaltung erhebt, und er hat erklärt, dass er in diesem Zusammenhang Einsicht in das E-Mail-Konto des RPA-Mitarbeiters genommen habe.

Diese Einsichtnahme war natürlich – in diesem Punkt stimmen wir sicher alle heute Nachmittag überein – nicht in Ordnung. Sie verstößt in jedem Fall gegen eine Dienstvereinbarung, die wir im letzten August mit unserem Personalrat getroffen haben, und in der klar geregelt ist, welche Daten bei der städtischen E-Mail-Nutzung protokolliert werden dürfen, zu welchen Zwecken die Protokolle verwendet werden dürfen, und wie bei Missbrauchsverdacht vorzugehen ist.

Ob in diesem Verhalten noch weitere Verstöße zu erblicken sind – denkbar sind in diesem Zusammenhang etwa die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes NW - , muss heute Nachmittag wohl offen bleiben. Zur Beantwortung dieser Frage sind auch Andere berufen.

Insbesondere wäre hier zu nennen: „Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit“ (wie er im Gesetz heißt) und der ja auch bereits erklärt hat, in eine Bewertung des Sachverhalts eintreten zu wollen.

Auch die Kommunalaufsicht beim Kreis Borken hat zwischenzeitlich erklärt, den Sachverhalt prüfen zu wollen, wenn auch erst nach Abschluss der Bewertungen des Landesbeauftragten.

Meine Bitte ist, dass wir diese Prüfungen auch tatsächlich abwarten sollten und heute Nachmittag nicht den Versuch unternehmen sollten, ein Tribunal gegen Herrn Middel zu veranstalten.

In diesem Zusammenhang ist es mir auch wichtig, auf die Bestimmungen unserer Geschäftsordnung hinzuweisen. Zwar sind nach § 6 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung

die Sitzungen des Rates grundsätzlich öffentlich, es gibt aber nach Absatz 2 Angelegenheiten, für die die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, und dazu gehören ganz besonders Personalangelegenheiten. Wir müssen heute Nachmittag also versuchen, möglichst sorgfältig zu unterscheiden zwischen den öffentlich zu behandelnden Themenbereichen – wie etwa die Zukunft des Borkener Rechnungsprüfungsamtes – und den nichtöffentlich zu behandelnden Fragestellungen – wie etwa die Frage eventueller dienstrechtlicher Konsequenzen. Ich hoffe, dass uns das gemeinsam gelingt.

(Die Ausführungen des Bürgermeisters sind als **Anlage 01** dieser Niederschrift beigelegt).

Nach den Ausführungen von Bürgermeister Lührmann gibt der **Erste Beigeordnete, Herr Mittel**, folgende Erklärung ab:

„Die unerlaubte Einsicht in ein E-Mail-Konto eines Mitarbeiters der Stadtverwaltung ist verboten, wenn sie außerhalb der Regeln erfolgt, die wir in einer Dienstvereinbarung getroffen haben. Ich bedauere, dass ich es dennoch getan habe.

Wenn es um Konsequenzen geht, ist die Bewertung des Fehlers von Bedeutung. Und diese erfolgt unter Betrachtung der Gesamtumstände, unter denen er geschehen ist. Die Wahrheit liegt im Auge des Betrachters. Dies ist meine Wahrheit:

Einem leitenden Mitarbeiter unseres Hauses ist seit Jahren die Wertschätzung seiner fachlichen Leistung vorenthalten worden, und zwar nicht nur von der Verwaltungsleitung. Auch der Rat, für den er tätig war, seine Kollegen und die Mitarbeiterschaft haben eigentlich keine Notiz von seiner Arbeit genommen. Und nun soll nach seinem Ausscheiden seine Aufgabe völlig neu gedacht und organisiert werden. Das kränkt. Kränkung ist ein sehr starkes Gefühl. Ich weiß wovon ich rede. Und nur so ist es zu erklären, dass der Mitarbeiter zu den Mitteln der Diskreditierung, Denunziation und sogar Verleumdung greift und mich mit einer Schmähschrift am Ende tatsächlich so weit reizt, dass ich mich vergesse. Im Übrigen bin ich in der Reaktion auf solche Angriffe auch eher einfach gestrickt. Wenn ich ein Schreiben unter dem Kopfbogen der Stadtverwaltung Borken in Händen habe, in dem ein Mitarbeiter die eigene Leitung schmäht und verleumdet, dann gehe ich in sein Zimmer, öffne den Schrank und ziehe die Akte, um festzustellen, wer das Pamphlet bekommen hat. Das lege ich dann meinem Bürgermeister auf den Tisch und denke, dass er den Mitarbeiter zur Rede stellt, zur Rechenschaft zieht und überlegt, wie er den Schaden für die Stadt begrenzen kann. Ein System, in dem ich für eine solche Handlungsweise mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft werde, wird mir fremd.

Für mich ist es in den vergangenen Monaten knüppeldick gekommen. Zurzeit erlebe ich ja nur einen neuen Höhepunkt einer öffentlichen Kritik, die inzwischen kein Maß mehr hat. Am Wochenende habe ich meine achtzigjährige Mutter besucht, die stolz auf ihren Sohn sein möchte, und versucht, ihr zu erklären, was passiert ist, und was sie den Freunden und Bekannten sagen soll, die sie anrufen. Dieses ist jetzt der letzte Höhepunkt. Ich kann nicht mehr, und ich will auch nicht mehr. Es reicht!

Eine Stadt, die ihren Beigeordneten behalten will, darf ihn nicht derart beschädigen. Es gibt nur Vertrauen oder kein Vertrauen, aber kein eingeschränktes Vertrauen. Es gibt nur Autorität oder keine Autorität, aber keine eingeschränkte Autorität. Und wenn ich als Beigeordneter für Personal und Organisation nicht mehr tragbar bin, bin ich gar nicht mehr tragbar.

Wenn Sie meinen, dass unsere Stadt mir nach zwanzig Jahren noch irgendetwas schuldig ist, dann muten Sie mir jetzt im Interesse dieser Stadt nicht zu, noch die verbleibenden dreieinhalb Jahre meiner Wahlzeit amputiert und ohne Autorität im Rathaus tätig zu sein. Ein Beigeordneter kann nicht zurücktreten. Wählen Sie mich ab, wie es die Gemeindeordnung vorsieht. Trennen wir uns mit Anstand. Dann können wir uns demnächst jederzeit ohne Groll in die Augen sehen und über alte Zeiten sprechen, die so schlecht wahrlich nicht gewesen sind.“

**Bürgermeister Lührmann** äußert seine Betroffenheit über die Erklärung von Herrn Middel und regt an, heute keinen Beschluss darüber zu fassen, da die Angelegenheit ausführlich beraten werden müsse.

Im Hinblick auf die Vielzahl der gestellten Anträge merkt er formell an, dass z. T. heute, z.T. aber auch in einer Folgesitzung Beschlüsse zu fassen seien.

**Stv. Dirks** erklärt, dass die FDP-Fraktion sich eine sachliche Diskussion zur Aufklärung des Sachverhaltes wünsche. Aufgrund dessen habe man den Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gestellt. Ein solches Verfahren sei geeignet, die sog. E-Mail-Affäre objektiv aufzuklären.

**Stv. Flinks** nimmt Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion zur Besetzung des Rechnungsprüfungsamtes und befürwortet nach wie vor eine interkommunale Zusammenarbeit. Die Stelle des Leiters des RPA solle jedoch ausgeschrieben und das weitere Verfahren in einer Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses und anschließend im Rat beraten werden.

**Stv. Bunse** erläutert aus seiner Sicht die Ursachen für die jetzige Situation und macht noch einmal deutlich, wie wichtig die Einrichtung eines gut funktionierenden Rechnungsprüfungsamtes sei. Dazu sei es erforderlich, einen Leiter zu haben, der den Neubeginn schaffen und mit dem Rechnungsprüfungsausschuss unbelastet zusammenarbeiten könne.

**Stv. Gliem** schließt sich der Meinung an. 1,5 Stellen seien nicht ausreichend, um eine ordnungsgemäße Arbeit zu leisten.

In Bezug auf die Datenschutzverletzung durch Herrn Middel erklärt sie, dass durch den Antrag ihrer Fraktion auf Änderung des Geschäftsbereichs des Ersten Beigeordneten das Vertrauen in die Demokratie der Betroffenen, insbesondere der Mitarbeiter im Rathaus, wiederhergestellt werden könne.

**Stv. Klemm-Terfort** sieht in dem Verhalten von Herrn Middel ebenfalls einen klaren Verstoß gegen das Datenschutzgesetz. Der Vertrauensverlust sei keine Lappalie. Der UWG sei es wichtig zu klären, wer an der Beschaffung der Daten beteiligt war.

**Stv. Flinks** sieht ein Fehlverhalten auf beiden Seiten. Persönlich stehe er zu Herrn Middel und könne verstehen, dass jemand bei Ärger und Frust etwas Verbotenes tun könne. Wichtig sei, dass die Gemeindeprüfungsanstalt von Herrn Geuting die Rücknahme seiner Äußerung verlange.

**Stv. Haupt** als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses informiert darüber, dass bereits für den 22.03. eine Sitzung terminiert sei, um über die Zukunft der Rechnungsprüfung zu diskutieren. Auch sie vertritt die Meinung, dass 1,5 Mitarbeiter im Rechnungsprüfungsamt zu wenig seien. Gebraucht würden genügend sachlich kompetente Mitarbeiter. Die Stelle des Leiters müsse jetzt ausgeschrieben und die Weichen für ein eigenes Rechnungsprüfungsamt mit 2 – 3 Mitarbeitern gestellt werden.

Die sog. E-Mail-Affäre habe einen deutlichen Vertrauensbruch zur Folge und müsse aufgeklärt werden.

Zurückblickend erinnert **Bürgermeister Lührmann** daran, dass die Verwaltung aufgrund der personellen Situation im RPA nach dem Ausscheiden von Herrn Geuting gezwungen war, über eine Neuorganisation des Amtes nachzudenken. Das Ergebnis der Überlegungen sei dann in eine Vorlage eingeflossen, die dem Rat zur Beratung vorgelegt wurde. Mehrheitlich wurde dem Beschlussvorschlag zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, Gespräche über eine interkommunale Zusammenarbeit mit anderen Kommunen zu führen. Da solche Gespräche erfahrungsgemäß Zeit brauchten, habe man vorgeschlagen, für eine Übergangszeit von der Normalbesetzung abzuweichen. Heute könne man sagen, dass eine interkommunale Zusammenarbeit möglich sei. Deshalb wünsche er sich eine erneute Beschlussfassung, um deutlich zu machen, welchen Weg man gehen wolle.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird darüber beraten, wie sich die Fraktionen zur Datenschutzverletzung und der sich daraus ergebenden Bitte von Herrn Middel auf Abwahl stellen sollen.

**Stv. Flinks** erklärt, dass die CDU-Fraktion noch zu keinem Ergebnis gekommen sei. Die Leistungen von Herrn Middel sprächen eher für ein Verbleiben von Herrn Middel.

**Stv. Klemm-Terfort** fragt sich, wie ein Vertrauensbeweis aussehen könne.

**Stv. Marie-Luise Ebbing** schlägt vor, dass fraktionsintern über das weitere Vorgehen beraten solle.

**Stv. Kindermann** schlägt ein eigenes Rechnungsprüfungsamt mit 2,5 Stellen vor.

Die Diskussion wird weitergeführt mit Wortbeiträgen von **Stv. Kindermann, Stv. M.L. Ebbing, Stv. B. Ebbing, Stv. Queckenstedt** und **Stv. Flinks**.

Sodann wird über die vorliegenden Anträge beraten.

---

**zu 2.1 Schreiben des Bürgermeisters an alle Ratsmitglieder vom 26.02.2007 sowie die Erklärung des Ersten Beigeordneten Middel vom gleichen Tage**

---

**zu 2.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2007**

---

Der Antrag wird an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Beratung mit anschließender Entscheidung im Rat verwiesen.

**zu 2.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 27.02.2007**

---

Der Antrag ist durch die jetzt stattfindende Sondersitzung erledigt.





Die aufgeworfenen Fragestellungen werde man aber weiter hausintern diskutieren und sich auch im Gespräch mit dem örtlichen Personalrat um eine Verbesserung der aktuellen Situation bemühen.

---

**zu 2.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.02.2007**

---

Durch die Änderung der Zuständigkeit im Geschäftsbereich des Ersten Beigeordneten hat sich der Antrag erledigt.

---

**zu 2.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/die Grünen vom 28.02.2007**

---

**Bürgermeister Lührmann** beantwortet die Frage wie folgt:

Die im Stellenplan der Stadt Borken für das Jahr 2006 für das Rechnungsprüfungsamt vorgesehene Stellenzahl von 3,0 Stellen und die im Stellenplan 2007 vorgesehene Stellenzahl von 2,5 Stellen dürften sich im Rahmen des eingeräumten Entscheidungsspielsraums bewegen. Sie bewegen sich daneben auch im Bereich der Empfehlungen der VERPA (Vereinigung der Rechnungsprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen). In Borken dürfte es jetzt für einen gewissen Zeitraum nur 1,5 Ist-Stellen im Rechnungsprüfungsamt geben. Eine solche Situation könnte als Dauersituation die Problematik in sich bergen, dass die notwendige personelle Ausstattung nicht ausreichend sein könnte. Für eine Übergangszeit dürfte sie aber – so auch die Aussage des Vertreters des Gemeindeprüfungsamtes in der Ratssitzung am 7.2.07 tolerabel sein.

Da die Beschlussfassung des Rates vom 27.09.06 klar erkennen lässt, dass diese personelle Ausstattung auch nur als Übergangslösung bis zu einer angestrebten Neuordnung gedacht ist, bestehen jedenfalls zurzeit keine rechtlichen Bedenken zur personellen Ausstattung des Rechnungsprüfungsamtes.

Die Frage der kommissarischen Leitung müsse neu geklärt werden.

---

**zu 2.7 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, UWG, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/FDP vom 12.02.07**

---

Der Antrag wird an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

---

**zu 2.8 Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2007**

---

Der Antrag wird an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Beratung mit Beschlussempfehlung für den Rat verwiesen.

---

**zu 2.9 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.03.2007**

---

**Bürgermeister Lührmann** antwortet wie folgt:

Nach § 10 des „Gesetzes über die Gemeindeprüfungsanstalt“ vom 30.04.2002 erhebt die Gemeindeprüfungsanstalt für ihre Tätigkeit Gebühren.

Ein Gebührenbescheid liegt uns im vorliegenden Fall noch nicht vor.

Nach Aussage von Herrn Termath ist damit zu rechnen, dass uns etwa 3 Tagewerke a) 750 € sowie die Reisekosten in Rechnung gestellt werden.

### **zu 2.10 Antrag der FDP-Fraktion vom 05.03.2007 zur Aufklärung der sog. Email-Affäre**

---

**Stv. Dirks** macht noch einmal deutlich, dass seine Fraktion eine sachliche Diskussion zur Aufklärung der Vorgänge wünsche. Deshalb habe man die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragt.

**Stv. Flinks** spricht sich dagegen aus. Es sei nicht angemessen, über die Beantragung eines Disziplinarverfahrens abzustimmen. Es gebe andere Möglichkeiten, die Angelegenheit aufzuklären

**Bürgermeister Lührmann** weist darauf hin, dass die Landesbeauftragte für Datenschutz prüfen wolle, ob ein Verstoß vorliege. Auch die Kommunalaufsicht wolle sich mit dem Thema befassen, jedoch erst die Stellungnahme der Landesbeauftragten abwarten.

Außerdem seien Fristen zu beachten. So dürfe etwa ein Verweis nicht mehr erteilt werden, wenn seit der Vollendung eines Dienstvergehens mehr als zwei Jahre vergangen seien (§ 15 Abs. 1 LDG NW).

**Stv. Bunse** ist dafür, die Stellungnahme der Landesbeauftragten für Datenschutz abzuwarten.

**Stv. Dirks** zieht den Antrag der FDP-Fraktion zurück.

### **zu 3 Mitteilungen und Anfragen**

---

Keine

Lührmann  
Bürgermeister

Bieber  
Schriftführerin